

Welt der Arbeit

Ausgabe 25

www.weltderarbeit.de

14. Dezember 2005

WdA im Dezember

Am 16. September 2003 erschien die erste Internet-Ausgabe der *Welt der Arbeit*. Motiv für die persönliche Initiative des Herausgebers waren seine Kenntnisse der Bedürfnisse vieler Mitglieder in den Gewerkschaften, die in kurzer verständlicher Form informiert werden wollen über aktuelle Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch innerhalb der Gewerkschaften. Deshalb besteht der Grundsatz für die *WdA*: Kein Text sollte mehr als eine Seite beanspruchen. Die *WdA* soll dazu beitragen, die ökonomischen und sozialen Realitäten mit ihren Folgewirkungen zu erkennen, besser zu verstehen und Gegenwehr auszulösen. Alle Informationen und Argumente sollen eine solidarische Interessenvertretung unterstützen. Ein Vorteil bei der Publizierung der *Welt der Arbeit* liegt sicherlich in der völligen Unabhängigkeit von Gremien und Beschlüssen. Die vorliegende 25. Ausgabe erlaubt eine kleine Zwischenbilanz. Weitere 25 Ausgaben sollen noch folgen. Die nächste *WdA* erscheint am 15. Februar 2006.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Proteste aus den Betrieben

Seite 2

Die Macht über die Köpfe

Seite 3

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst

Seite 4

Rekordprofite und Arbeitsplatzvernichtung, Kapitalismus pur

Seite 5

Neoliberalismus und Rechtsextremismus

Seite 6

Zumutungen

Seite 7

Blick zurück: Loni Mahlein - Auf die eigene Kraft vertrauen

Seite 8

„Anschlag auf das europäische Sozialmodell“, UN-Bericht

Seite 9

Gesamtmetall für sinkende Reallöhne, Buchtipps, Kommentar, Impressum

Proteste aus den Betrieben

Die Empörung ist groß. Belegschaften und Betriebsräte protestieren gegen die von der Großen Koalition angekündigte Änderung des gesetzlichen Kündigungsschutzes. Neueingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zukünftig der Willkür des Unternehmens ausgeliefert. Heuern und feuern heißt dann in vielen Fällen die Parole. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes führt zur Unterwerfung von abhängig Beschäftigten, die sich schutzlos den Forderungen ihrer Vorgesetzten ausgeliefert sehen. Viele Parlamentarier, die die Änderung des Kündigungsschutzgesetzes unterstützen, haben offensichtlich keine Vorstellung von den Realitäten in den Betrieben.

Der Arbeitskreis Betriebsräte aus Druckindustrie, Papierverarbeitung und Zeitungsverlagen im ver.di-Bezirk Köln hat zum Beispiel seine Sorgen in einem Offenen Brief manifestiert:

An die Fraktionen
im Deutschen Bundestag

„Sehr geehrte Damen und Herren, entgegen den Behauptungen, der Kündigungsschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werde nicht angegriffen, bedeutet die Einführung der 24-monatigen Probezeit eine massive Verschlechterung des Kündigungsschutzes.

Auch wenn der Koalitionsvertrag von einer ‚Kann‘-Regelung spricht, wird diese Option zum Standard werden, ohne dass eine Gegenwehr möglich ist. Sogar erfahrene, langjährig beschäftigte und hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden bei Stellenwechsel dieser zweijährigen Unsicherheit ausgesetzt. Die Möglichkeit, gegen eine Kündigung juristisch vorzugehen, wird faktisch

ausgehebelt, weil der Arbeitgeber während der Probezeit bekanntlich ohne Angabe von Gründen ein Probearbeitsverhältnis kurzfristig beenden kann. Durch eine gesetzlich verlängerte Probezeit werden auch tarifvertragliche Regelungen unter Druck geraten.

Für den einzelnen Arbeitnehmer entsteht über zwei Jahre ein enormer Leistungs- und Anpassungsdruck sowie eine große soziale Unsicherheit. Die betroffenen Personen sind während dieser Zeit allen Anforderungen des Arbeitgebers hilflos ausgeliefert, die strukturelle Unterlegenheit des einzelnen Arbeitnehmers bei Vertragsverhandlungen wird noch weiter verschärft.

Auch an kollektiven Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen werden diese Kolleginnen und Kollegen nicht mehr beteiligt sein, um nicht eine Übernahme in ein ordentliches Arbeitsverhältnis zu gefährden. Konkurrenzen innerhalb der Belegschaft werden entstehen.

Wir als erfahrene Betriebsräte sehen daher eine weitere gravierende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen – ohne jeglichen positiven Effekt für den Arbeitsmarkt.

Wir fordern Sie daher auf, einer Verlängerung der Probearbeitszeit nicht zuzustimmen!“



Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die Macht über die Köpfe

Neoliberale und wirtschaftliche Eliten nehmen immer stärkeren Einfluss auf die Politik und die veröffentlichte Meinung. Das schlechte Image von Parteien und Wirtschaftsverbänden soll durch „Reforminitiativen“ aufpoliert werden. Das Volk soll „aufgeklärt“ werden. Mit griffigen Parolen wird die Notwendigkeit von radikalen Reformen suggeriert, ergänzt durch Plakate, Anzeigen und Fernsehspots. Die Absicht: Die Menschen sollen die Wünsche der Wirtschaft als ihre eigenen begreifen.

Im Oktober 2000 wurde die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) gegründet. Geldgeber sind die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie, die jährlich rund zehn Millionen Euro bereitstellen. Die Initiative sitzt im gleichen Haus wie das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. Ihr Ziel: Das Image von Unternehmern und Unternehmen aufzupolieren und für einen Wandel des politischen Klimas zu sorgen. Der Sinn von Marktwirtschaft und Leistungsdenken soll vor allem in die Köpfe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingepflanzt werden. Was die Wirtschaft als notwendig erachtet, soll von der Bevölkerung akzeptiert werden.

Agenten des Kapitals

Für die INSM arbeiten rund 2.000 so genannte Botschafter aus Politik und Wissenschaft, die als vermeintlich unabhängige Experten in der Öffentlichkeit auftreten. Prof. Siegfried Weischenberg, Medienwissenschaftler an der Universität Hamburg, sagte dazu in einem Fernsehinterview: „Es ist sehr geschickt von der Initiative, dass sie Wis-

senschaftler, Wirtschaftswissenschaftler als Botschafter, als scheinbar neutrale unabhängige Botschafter, auftreten lässt. Dabei wird überhaupt nicht deutlich, dass die für die Initiative Interessen der Arbeitgeber vertreten. Das wirkt so, Wissenschaftler sind neutral. Tatsächlich treten sie hier auf in der Rolle als PR-Agenten.“

Zu den Agenten der Initiative gehören unter anderem Paul Kirchhof, Hans Tietmeyer, Oswald Metzger, Hans-Olaf Henkel, Roland Berger, Otto Graf Lambsdorff, Silvana Koch-Mehrin, etc. Die Argumente und Expertisen werden meist zugeliefert vom Institut der deutschen Wirtschaft.

Für die Initiative zu arbeiten soll auch als Kompetenzbeweis gelten. So stellte Angela Merkel im jüngsten Bundestagswahlkampf einen ihrer Mitstreiter mit folgenden Worten vor: „Er ist nicht von ungefähr deshalb im Jahre 2003 auch als Reformier des Jahres von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ausgezeichnet worden, und deshalb ist es uns eine besondere Freude, dass er uns im Kompetenzteam zur Verfügung steht. Peter Müller, ein erfolgreicher Ministerpräsident, auch im Jahre 2003 ausgezeichnet als Ministerpräsident des Jahres der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.“

Medienpartnerschaften

Die INSM versucht auch Einfluss zu nehmen auf Journalisten und Redaktionen. Darüber hinaus gibt es sogar Medienpartnerschaften mit Zeitungen wie *Wirtschaftswoche*, *impulse*, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, *Die Welt*, *Handelsblatt*. Und es

gibt enge Verbindungen zu Fernsehredaktionen, damit in Talkshows bei Christiansen, Illner und anderen auch Agenten der INSM mitwirken können. Dazu stellt Weischenberg fest: „Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat was krakenhaftes. Aber an sich ist das, was die tun legitim, wenn's da nicht 'ne Reihe von Problemen geben würde. Das erste Problem ist, dass die Journalisten...dass Medien nicht hinreichend transparent machen, wer dahinter steckt, welche Interessen dahinter stecken. Und das andere ist natürlich, hier ist sehr viel Geld im Spiel und hier gibt's im Grunde genommen keine Konkurrenz, so dass die Initiative so was wie ein Mainstream hinsichtlich der Beurteilung von Wirtschaft, von Arbeit, von gesellschaftlicher Entwicklung mitbestimmen kann. Und das ist das Problem!“

Weniger Sozialstaatlichkeit

Im Wahlkampf haben Spitzenpolitiker von CDU/CSU und FDP fast jeden Tag behauptet: Sozial ist, was Arbeit schafft. Diesen Slogan reklamiert die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft für sich. Prof. Claus Leggewie, Politikwissenschaftler an der Universität Gießen, sagte dazu in einem Interview: „Sie meint eigentlich weniger soziale Marktwirtschaft, sie meint Entstaatlichung, weniger Sozialstaatlichkeit, mehr kapitalistische freie Marktwirtschaft...“

In diesem Sinne propagiert diese Initiative Entstaatlichung auf allen Ebenen. Sie tut dies gegenüber Journalisten, gegenüber Schulen, um damit die Gesellschaft für das Thema der Entstaatlichung und Privatisierung bereit zu machen.“

K.

Millionen Menschen hungern

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet“, verspricht seit 1948 die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen. Aber Hunger und Elend haben heute ein schreckliches Ausmaß angenommen als in jeder anderen Epoche der Menschheit. Die Anzahl der Menschen, die Hunger leiden, steigt von Jahr zu Jahr.

Nach einer Studie der Welternährungsorganisation leiden etwa 852 Millionen Kinder, Frauen und Männer an Unterernährung, obwohl die Welt 12 Milliarden Menschen ernähren könnte. Hunderttausend Menschen sterben täglich an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen vor allem in den 122 Ländern der so genannten Dritten Welt, in denen 4,8 Milliarden Menschen leben.

Die Armut eskaliert vor allem in Afrika, Osteuropa, Zentralasien und Lateinamerika. Das Flüchtlingsdrama vor den Toren der Europäischen Union spiegelt zum Beispiel die Probleme Afrikas: 40 Prozent der Afrikaner leben von weniger als einem Dollar pro Tag. 18 der 20 ärmsten Länder der Welt liegen auf dem afrikanischen Kontinent.

Hunger ist zu einer Massenvernichtungswaffe geworden.

Am 8. September 2000 verkündeten die Staatschefs von rund 150 Ländern in ihrer gemeinsamen „Millenniumserklärung“, dass sie „keine Anstrengung scheuen werden, unsere Mitmenschen aus der erniedrigenden und unmenschlichen Armut und Not zu befreien.“ Aber fünf

Jahre nach Verabschiedung der Ziele ist die Zahl der Hungernden in vielen Teilen der Welt – vor allem in Afrika – gestiegen.

„Überall geht es den Eliten besser. Statt weniger Armut beobachten wir eine wachsende soziale Kluft“, heißt es in einem Bericht von „Social Watch Deutschland / Forum Weltsozialgipfel.“ Ziel dieser Vereinigung, die aus einem Netzwerk von 28 entwicklungs- und sozialpolitischen Organisationen besteht, ist die kritische Beobachtung der Umsetzung von sozial- und entwicklungspolitischen Beschlüssen großer Weltkonferenzen.

Auch die Bilanz Deutschlands zur Armutsbekämpfung ist negativ. Mindestens jeder zehnte Mensch in Deutschland ist arm. Auch hierzulande wächst die Kluft zwischen Arm und Reich.

Die Schuldenlast der so genannten Dritten Welt ist auf 1.800 Milliarden Dollar gestiegen. Während die Industrieländer im Jahr 2003 staatliche Entwicklungshilfe im Umfang von 54 Milliarden Dollar gewährten, mussten die Entwicklungsländer als Schuldendienst 436 Milliarden Dollar überweisen. Der teilweise Schuldenerlass vom G-8-Gipfel im Juli 2005 in Schottland verringert die Belastung der armen Länder um exakt ein halbes Prozent! „Höchstens ein Drittel der Schulden ist überhaupt gerechtfertigt“, schreibt der Schweizer Soziologe und Sonderberichterstatler der UNO-Menschenrechtskommission Jean Ziegler in seinem neuen Buch „Das Imperium der Schande“. In einem Interview mit der Tageszeitung *Neues Deutschland* nennt er eine der Ursachen für die weltweit wachsende Armut: 2004 kontrol-

lierten die 500 größten Konzerne 52 Prozent des Weltsozialprodukts. Ihre einzige Handlungsmaxime ist die Profitmaximierung.

Grenzenlose Profitgier

Viele Staaten der Welt schützen ihre Unternehmen mit Subventionen und Zöllen, um jede ausländische Konkurrenz abzublocken. Im vergangenen Jahr haben die Industriestaaten ihren Bauern 349 Milliarden Dollar Produktions- und Exportsubventionen bezahlt, fast eine Milliarde Dollar pro Tag! Mit dieser Dumpingpolitik werden die Agrarwirtschaften in den armen Ländern verwüstet. Die importierten Güter sind billiger als die eigene Produktion. Und die Exporte aus den armen Ländern haben auf dem Weltmarkt keine Chance.

Die meisten Industriestaaten haben zur Bekämpfung der Armut in der Welt in der Vergangenheit stets viel mehr versprochen als sie zu halten bereit waren. Seit 1970 verpflichteten sie sich immer wieder, ihre Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des jeweiligen Bruttosozialprodukts anzuheben. Doch nur fünf Länder haben Wort gehalten: Dänemark, Norwegen, Niederlande, Luxemburg und Schweden. Weit von der Verabredung entfernt sind die USA, Italien, Österreich und Japan. Mit 0,28 Prozent seines Volkseinkommens hat Deutschland beschämend wenig für die Armen dieser Welt abgegeben.

Der millionenfache Tod in vielen Teilen der Welt ist die Folge unterlassener Hilfeleistung. Aber viele Politiker haben offensichtlich kein Gewissen.

Franz Kersjes

Rekordprofite und Arbeitsplatzvernichtung Kapitalismus pur

Die Tarifverhandlungen in der Versicherungswirtschaft wurden auch in der dritten Verhandlungsrunde am 28. November in Hamburg nach sieben Stunden ergebnislos abgebrochen. Trotz hoher Gewinne und teilweise sogar Rekordergebnissen planen die Versicherungsunternehmen den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen und verweigern bessere tarifliche Regelungen. Sie fordern eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 38 auf 40 Stunden, die Einführung des Samstags als Regelarbeitstag sowie die Einführung von neuen Niedriglohngruppen.

Am dritten Verhandlungstag streikten allein in der Hamburger Innenstadt, in Kiel und Leipzig über 3.000 Beschäftigte. Bereits zuvor hatten sich die betroffenen Kolleginnen und Kollegen gegen die Zumutungen der Unternehmer in Düsseldorf, Köln, Münster, Kiel, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Hannover, Hamburg und Berlin gewehrt. Sie verlangen spürbare Einkommenssteigerungen und beschäftigungssichernde Maßnahmen durch neue Tarifverträge. Die Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden und regelmäßige Arbeit am Samstag werden nachdrücklich abgelehnt.

Nicht Arbeitszeitverlängerung, sondern Arbeitszeitverkürzung ist das Gebot der Stunde - dies schon deshalb, weil die Schere zwischen Produktion und Produktivität seit Mitte der 70er Jahre bei einem gestiegenem Wirtschaftswachstum (Bruttoinlandsprodukt) immer weiter auseinander geht. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität stieg in der alten Bundesrepublik zwischen 1960 und 1991 um 217 Prozent, während das reale Bruttoinlandsprodukt weit weniger, nämlich um 164,8 Prozent zulegen. Das Arbeitsvolumen musste deshalb zurückgehen.

Trotz horrender Profite bieten die Unternehmer ihren Beschäftigten nur Almosen. Für den Neuabschluss des Gehaltstarifvertrages verlangen sie von Oktober bis Dezember 2005 drei Nullmonate und bieten ab 1. Januar 2006 plus 0,9 Prozent und ab 1. April 2007 plus 0,6 Prozent Gehaltserhöhung bei einer Gesamtlauzeit des neuen Tarifvertrages von 30 Monaten mit der erstmöglichen Kündigung zum 31. März 2008. Eine wahrlich unverschämte Provokation!

Ver.di fordert eine Erhöhung der Gehälter um 4,5 Prozent, den Erhalt des Altersteilzeittarifvertrages und ein tariflich gesichertes Kündigungsverbot, das Entlassungen bei hohen Gewinnen ausschließt. Empört lehnen die Unternehmer einen solchen Schutz ab.

Joachim Lemppenau, Verhandlungsführer der Versicherer, ist für rigorosen Personalabbau bekannt. Wie die *Frankfurter Rundschau* in ihrer Ausgabe vom 28.11.05 zitiert, hat er bereits im Jahr 1973 den Kumpeln im Mannesmann-Hüttenwerk gedroht: „Ich bin der, der euch rausschmeißt.“ Heute lenkt er das frühere Gewerkschaftsunternehmen Volksfürsorge mit harter Hand: „Ich bin der, der in den letzten zehn Jahren Personal abgebaut, die Arbeitszeit ausgeweitet und das Mitbestimmungsrecht eingeschränkt hat.“

Sollte die nächste Verhandlungsrunde am 21. Dezember abermals ohne Abschluss enden, muss ver.di die Streikaktionen verstärken und eine Urabstimmung vorbereiten.

Continental AG: In den ersten neun Monaten dieses Jahres hat der Konzern mit seinen weltweit 81.000 Mitarbeitern einen Gewinn von 735 Millionen Euro gemacht; ein Plus von 55 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Reifenwerk in Hannover-Stöcken soll Ende 2006 geschlossen werden. 320 Arbeitsplätze werden wegfallen. Die Beschäftigten des Werks hatten bereits längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich akzeptiert in der Hoffnung, ihre Arbeitsplätze dadurch zu sichern.

Stromkonzerne: Steigende Strom- und Gaspreise haben den vier großen Energiekonzernen in den ersten neun Monaten dieses Jahres erneut Gewinne in Milliardenhöhe beschert. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen die Profite bei Vattenfall Europe um 22,9 Prozent, bei EnBW um 19,1, bei E.ON um 7 und beim RWE um 4,3 Prozent. Die vier Stromriesen haben sich die Republik größtenteils untereinander aufgeteilt und beherrschen rund 80 Prozent des Marktes. Die durchschnittliche monatliche Stromrechnung stieg in Deutschland für einen Drei-Personen-Haushalt zwischen 2000 und 2004 von 40,66 Euro auf 52,38 Euro – ein Plus von 29 Prozent. Für die Energieunternehmen wird der Stromverkauf an Privathaushalte nach eigener Einschätzung in den kommenden Jahren zur wichtigsten Einnahmequelle. Die Manager erwarten in diesem Bereich eine „hohe bis sehr hohe“ Profitabilität.

Neoliberalismus und Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus hat sich in den vergangenen Jahren in Deutschland verstärkt ausgebreitet, und zwar mitten in unserer Gesellschaft und mitten in allen Berufs- und allen Altersgruppen. In seiner aktuellen Erscheinungsform ist er in der Regel kein Relikt aus der Vergangenheit, sondern eine spezielle Reaktion auf gegenwärtige Realitäten.

„Unzufriedenheit und pessimistische Zukunftserwartungen bewirken das Gefühl der Benachteiligung, Abkoppelung, Ausgrenzung, stimulieren Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen und erzeugen den Wunsch nach autoritären Konzepten: Gemeinschaft, Geborgenheit, Sicherheit, Orientierung, Ruhe und Ordnung. Nur einem ‚starken‘ politischen Führer, der das Land mit ‚eiserner Hand‘ regiert, traut man die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu“, stellt Richard Stöss in seiner Untersuchung „Rechtsextremismus im Wandel“ fest.

Standortnationalismus

Deregulierung, Flexibilisierung und „Privatisierung öffentlichen Eigentums und sozialer Dienstleistungen läuft auf Entpolitisierung, diese wiederum auf die Entdemokratisierung der Gesellschaft hinaus“, stellt der Kölner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwegge fest.

Mit der Agenda 2010, der sich weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich und der Diskriminierung von Hartz IV-Empfängern als ‚Parasiten‘ zeigen sich die Verwerfungen durch neoliberale Politik immer deutli-

cher. Ungebremste Marktlogik bedeutet: Die stärksten Kräfte am Markt setzen sich. Es gibt wenige Gewinner und viele Verlierer. Den abhängig Beschäftigten wird eingeredet, sie könnten zu den Gewinnern gehören, wenn sie zur Stärkung des Standorts Deutschland bereit sind, Opfer zu bringen. So auch Kanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung: Wir müssen wieder an die Spitze.

„Durch seine wahnhaftige Fixierung auf den Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten schafft der Neoliberalismus einen Nährboden für jene Ideologie, die ich ‚Standortnationalismus‘ nenne“, schreibt Butterwegge. „Der neoliberale Wettbewerbswahn fördert - ungewollt oder bewusst - die Rechtsentwicklung in vielen Gesellschaftsbereichen, z. B. an den Hochschulen, bringt eine neue, marktradikale und das individuelle Leistungsvermögen fetischisierende Rechte hervor und verstärkt die Tendenz zur Ab- bzw. Ausgrenzung von Schwächeren, Minderheiten und so genannten Randgruppen.“

Wissenschaftler der Freien Universität Berlin haben festgestellt, dass etwa 19 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder - insbesondere Facharbeiter und Angestellte - anfällig sind für rechtes Gedankengut. Als Hauptursache dafür haben die Forscher Angst vor dem sozialen Abstieg festgestellt. In ihrer Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ kommen sie unter anderem zu folgenden Erkenntnissen: „Rechtsextreme Einstellungen unter Gewerkschaftsmitgliedern sind Ausdruck von tief greifenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen sowie von der Krise, in der sich die Gewerkschaften gegenwärtig

befinden. Offensichtlich erreichen gewerkschaftliche Erklärungsmuster viele Mitglieder nicht. Rechtsextreme Gruppierungen besetzen solche Themenfelder, während gewerkschaftliche Positionen und Argumente bei vielen Mitgliedern offensichtlich nicht bekannt sind oder nicht angenommen werden.“

Gewerkschaften als Wertegemeinschaft

In ihrer Schlussfolgerung gibt die FU-Forschungsgruppe Hinweise für notwendiges gewerkschaftliches Handeln: „Gewerkschaften können nur dann gegen Rechtsextremismus wirksam sein, wenn sie sich deutlich als Wertegemeinschaft - und nicht nur als Arbeitsmarktkartell oder gar als Dienstleistungsunternehmen zur individuellen Förderung ihrer Kunden/Mitglieder - verstehen und dies auch in der Binnen- und in der Außenkommunikation deutlich machen. Dazu gehört insbesondere das Eintreten für die Verbindung der Werte ‚soziale Gerechtigkeit‘ und ‚Demokratie‘ als Grundlage gewerkschaftlichen Handelns.“

Die Ergebnisse der Studie sind im Internet zu finden unter:
www.polwiss.fu-berlin.de

Mehr zum Thema:

Christoph Butterwegge
Globalisierung, Neoliberalismus und Privatisierung
www.weltderarbeit.de Gastbeitrag

Richard Stöss
Rechtsextremismus im Wandel
Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin
www.fes.de

Zumutungen

Giffliste: Insgesamt 8,2 Milliarden Euro will der Staat den Bürgerinnen und Bürger nach den Beschlüssen der schwarz-roten Koalition zusätzlich abnehmen. Bis 2010 soll diese Summe kontinuierlich bis auf fast 14,8 Milliarden Euro im Jahr anwachsen.

Vor allem bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird kräftig zugelangt. Viele von ihnen werden künftig weniger Geld ausgeben können. Eigenheimzulage, Pendlerpauschale, Sparerfreibetrag, Freibeträge für Abfindungen, Übergangsgelder, Bergmannsprämien – das alles wird gekürzt oder ganz gestrichen.

Der Freibetrag für Abfindungen, die gekündigte Arbeitnehmer/innen vom Betrieb bekommen, entfällt mit Jahresbeginn 2006. Bisher lag er, je nach Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit, zwischen 7.000 und 10.000 Euro.

Der Freibetrag von 10.800 Euro für Übergangsgelder, die nach Entlassungen gezahlt werden, wird zum 1. Januar 2006 gestrichen.

Die Pendlerpauschale von 30 Cent je Kilometer entfällt zum 1. Januar 2007 für die ersten 20 Kilometer des Arbeitsweges.

Die Eigenheimzulage für neue Fälle wird zum 1. Januar 2006 abgeschafft.

Der Sparerfreibetrag wird zum 1. Januar 2007 für Ledige von 1.370 auf 750 Euro und für Verheiratete von 2.740 auf 1.500 Euro gekürzt.

Private Steuerberatungskosten sind vom 1. Januar 2006 an nicht mehr als Sonderausgaben abzugsfähig.

Aber die Gewinne von Kapitalgesellschaften aus Verkäufen von Aktienpaketen und ganzen Tochterunternehmen sollen weiterhin steuerfrei bleiben. Und die Spesen zur Bewirtung von Geschäftsfreunden werden wie bisher steuerlich anerkannt, obwohl bekannt sein dürfte, dass damit häufig Missbrauch getrieben wird.

Ärztestreik: Die Klinikärzte müssen weiter auf die Anerkennung ihrer Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit warten. Der Bundesrat hat entschieden, die im deutschen Arbeitszeitgesetz vorgesehene Übergangszeit um ein weiteres Jahr bis Ende 2006 zu verlängern. Bereits im Jahr 2003 hatten die Richter des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in einem Grundsatzurteil entschieden, dass gemäß der EU-Arbeitszeitrichtlinie auch in Deutschland die in der Klinik verbrachte Bereitschaftszeit voll als Arbeitszeit angerechnet werden muss.

Tausende Ärzte haben in den vergangenen Wochen in ganz Deutschland für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen gestreikt. In den rund 700 kommunalen Krankenhäusern sollen folgende Änderungen durchgesetzt werden:

- Eine Erhöhung der Einkommen um langfristig 30 Prozent.
- Die vollständige Vergütung von Bereitschaftsdiensten und Überstunden.
- Die Anerkennung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit.
- Die Abschaffung von sehr kurz befristeten Arbeitsverträgen.
- Die Rücknahme der Kürzungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Der durchschnittliche Jahresverdienst eines Klinikarztes beträgt in der niedrigsten Gehaltsgruppe

in den USA 165.000 Dollar, in Frankreich 104.000 Dollar und in Deutschland 35.000 Dollar. Der durchschnittliche Jahresverdienst in der höchsten Gehaltsgruppe im Vergleich:

USA	268.000 Dollar
Niederlande	175.000 Dollar
Großbritannien	127.000 Dollar
Frankreich	116.000 Dollar
Italien	81.000 Dollar
Deutschland	56.000 Dollar

Lidl: In einigen Filialen kontrolliert bereits der Kassenscomputer die Kassiererinnen. Pro Minute müssen sie mindestens 40 Artikel über den Scanner ziehen. Neulinge haben vier Monate Zeit, um die hohe Schlagzahl zu erreichen. Erzeugt wird eine Atmosphäre der Angst: Eine Verkäuferin aus Bremen berichtet, aus Furcht vor Kündigung mit hohem Fieber so lange im Laden gestanden zu haben, bis sie zusammenbrach. Lidl will sich zu einzelnen Vorwürfen nicht äußern.



Wal-Mart: Der US-Konzern wollte seinen Angestellten sogar ins Liebesleben hineinregieren und verbot ihnen Anfang des Jahres „private Beziehungen/Liebesbeziehungen“ untereinander. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf erklärte allerdings diesen Teil der „Unternehmensethik“-Richtlinie für rechtswidrig.

Blick zurück**Loni Mahlein: Auf die eigene Kraft vertrauen**

Vor zwanzig Jahren, am 18. Dezember 1985, starb Leonhard Mahlein im Alter von 64 Jahren an einem Herzinfarkt. In einem Nachruf sagte Willy Brandt: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat mit Leonhard Mahlein eine ihrer markanten Persönlichkeiten verloren. Er gehörte zu jenen führenden Gewerkschaftern, die, geprägt durch den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, den Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg wieder Gewicht und Bedeutung gegeben und mit dafür gesorgt haben, dass das Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes nicht lediglich Verfassungsbuchstabe blieb, sondern Verfassungswirklichkeit wurde.“

Leonhard Mahlein, den seine Freunde und Kollegen liebevoll Loni nannten, war von 1968 bis 1983 Vorsitzender der Industriegewerkschaft Druck und Papier. Er gehörte zweifellos zu den starken Persönlichkeiten einer kämpferischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Unter seiner Führung entwickelte sich die IG Druck und Papier zu einer selbstbewussten und politisch aktiven Gewerkschaft, die in vielen Bereichen eine Avantgarderolle einnahm. Zu seinem Lebenswerk gehört vor allem die Umwandlung der traditionellen Facharbeitergewerkschaft in eine moderne Mediengewerkschaft. Die Gründung der IG Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst konnte er Anfang Dezember 1985 noch miterleben.

Drei harte Arbeitskämpfe

Keiner der zahlreichen Nachrufe, die nach seinem Tod in den

Medien erschienen, hat unerwähnt gelassen, dass Mahlein in seiner 15jährigen Zeit als Vorsitzender der IG Druck und Papier drei Arbeitskämpfe geführt hat:

1973 genügten wenige Stunden Streik, um eine Lohnerhöhung von 10,8 Prozent sowie eine zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppen und der Ausbildungsvergütungen durchzusetzen.

1976 kam es zu dem bis dahin härtesten Streik in der Geschichte der IG Druck und Papier, den die Unternehmer bundesweit mit Massenaussperrungen beantworteten. Nach über drei Wochen andauernden Auseinandersetzungen wurde ein Tarifabschluss erzielt, der im Volumen von 6,6 Prozent die politisch vorgegebene Lohnleitlinie von 5,4 Prozent überschritt und eine wütende Reaktion bei den Unternehmerverbänden auslöste.

1978 folgte ein weiterer dreiwöchiger Arbeitskampf um die Tarifierung neuer Techniken. Nach über zweijährigen Verhandlungen, die nichts gebracht hatten, kam es zu Warnstreiks und schließlich in fünf großen Betrieben zu unbefristeten Streiks. Die Unternehmer antworteten erneut mit massiven Aussperrungsmaßnahmen. Der Arbeitskampf endete mit dem erfolgreichen Abschluss eines Tarifvertrages über rechnergesteuerte Textsysteme, der seinerzeit auch für andere Gewerkschaften beispielgebend war.

Notwendig wurde in der folgenden Zeit eine Debatte über eine

veränderte Streikstrategie. Anfang der 1980er Jahre entwickelte Loni Mahlein in den zuständigen Gremien die Grundlagen für eine bewegliche Arbeitskampfführung, die 1984 im Kampf um die 35-Stunden-Woche Aussperrungen durch die Unternehmer verhinderte.

Für friedliche Koexistenz

Nach Mahleins Überzeugung sollten Gewerkschaften aber nicht „Lohnmaschinen“ oder „Versicherungsorganisationen“ sein, „sondern sie sollen als politische Bewegung der Arbeitnehmer, den Kampf um die Sicherung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen verbinden mit dem Kampf um eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt zu beteiligen.“

Loni Mahlein engagierte sich auch überzeugend in der Friedensbewegung. Friedenssicherung und Gewerkschaftsarbeit waren für ihn untrennbar miteinander verbunden. Dazu zählte für ihn auch die Überwindung des Antikommunismus. Um sie bemühte er sich besonders in seiner Zeit als Präsident der Internationalen Grafischen Föderation von 1976 bis 1985.

Loni Mahlein war als Freund und Kollege ein unvergleichbares Vorbild: unbestechlich, gradlinig, aufrichtig. Einer wie Loni bleibt unvergessen.

Franz Kersjes

Eine ausführliche Würdigung des Lebens von Loni Mahlein unter www.weltderarbeit.de, Lebensbilder

Abstimmung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie

„Anschlag auf das europäische Sozialmodell“

Nach der Entscheidung des EU-Binnenmarktausschusses zur EU-Dienstleistungsrichtlinie hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac massive Proteste angekündigt. „Wir werden mit aller Kraft zu einer europaweiten Großdemonstration in Straßburg mobilisieren, um die Richtlinie im Parlament noch zu stoppen“, sagte Stephan Lindner, EU-Experte und Mitglied im bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. Am 14. Januar 2006, dem Samstag vor der entscheidenden Abstimmung im EU-Parlament, wollen Gewerkschaften und soziale Bewegungen aus ganz Europa gegen die Richtlinie demonstrieren.

Konservative und Liberale haben sich im federführenden Aus-

schluss damit durchgesetzt, auch öffentliche Dienstleistungen einzubeziehen und das umstrittene Herkunftslandprinzip im Kern zu erhalten. „Das ist ein Anschlag auf das europäische Sozialmodell, der zu einer Abwärtsspirale um die niedrigsten Standards bei Umwelt- und Verbraucherschutz führt“, sagte Lindner. Die geplanten Ausnahmen, mit denen Lohn- und Sozialdumping verhindert werden sollen, seien völlig unzureichend. „Solange in der EU effektive Kontroll- und Verwaltungsstrukturen zur grenzüberschreitenden Kontrolle von Unternehmen fehlen, ist die Dienstleistungsrichtlinie eine Steilvorlage für die Gründung von Briefkastenfirmen und wachsenden Steuerbetrug.“ Die Grundregel der Richtlinie lautet: Wer in einem anderen Land Dienste anbietet,

muss sich nur an die Regeln seines eigenen halten (Herkunftslandprinzip). Er muss nicht fürchten, zusätzliche Genehmigungen einholen zu müssen, wenn er sich an die Regeln in seinem Heimatland hält.

Attac fordert die Rücknahme des Kommissionsentwurfs und die Ausarbeitung eines neuen Richtlinienentwurfs. Dabei sollen alle Interessensgruppen von Anfang an in die Erarbeitung einbezogen werden. Ziel soll es sein, die unterschiedlichen Standards und Regelungen in den einzelnen Mitgliedstaaten zu Umwelt-, Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz schrittweise auf höchstem Niveau zu harmonisieren und ihre Einhaltung kontrollierbar zu machen.

Mehr Informationen unter www.attac.de

UN: Deutschland bloß auf Platz 20

Norwegen ist auch in diesem Jahr wieder das Land mit der „höchsten menschlichen Entwicklung.“ Deutschland rutschte nach einem UN-Bericht gegenüber dem Vorjahr vom 19. auf den 20. Platz und wurde von Italien überholt.

Bei der Bewertung der Länder berücksichtigen die Vereinten Nationen Indikatoren wie Pro-Kopf-Einkommen, Lebenserwartung, Schulbildung, gesundheitliche Vorsorge, Freiheit und Achtung der Menschenwürde. Statistisch erfasst und ausgewertet wurden die Parameter vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen.

18 der ärmsten Länder der Welt mit einer Gesamtbevölkerung von 460 Millionen Menschen stehen heute schlechter da als vor 15 Jahren. Zwölf von ihnen befinden sich in Afrika südlich der Sahara.

In dieser Region Schwarzafrikas lebt jeder dritte Mensch in einem Land, dessen „Index der menschlichen Entwicklung“ heute niedriger liegt als 1990. Das wegen seiner Diamanten reiche Botswana ist seit 1990 um 21 Ränge abgerutscht und Südafrika hat sich sogar um 35 Plätze verschlechtert. Schuld an diesem dramatischen Verfall ist hauptsächlich die Aids-Epidemie, die schwere soziale und wirtschaftliche Schäden verursacht.

Sechs Länder, die seit 1990 Rückschritte bei der menschlichen Entwicklung erleiden, sind Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Tadschikistan verschlechterte sich in den vergangenen 15 Jahren um 21 Plätze, die Ukraine um 17 und die Russische Föderation um 15 Plätze. (Frankfurter Rundschau v. 08.09.05)

Welt der Arbeit Website

Interessenten aus vielen Teilen der Welt nutzen die Informationsangebote auf der Website der *Welt der Arbeit*. Die umfangreiche Statistik des Providers offenbart, welche Texte aus mehr als 20 Staaten monatlich abgerufen werden. Viele Beiträge werden von anderen Publikationen übernommen.

Soeben sind folgende neue Texte erschienen:

Predigt zur Vorbereitung der Revolution (Arbeit und Wirtschaft);
Leonhard Mahlein: Auf die eigene Kraft vertrauen (Lebensbilder);
Globalisierung, Neoliberalismus und Privatisierung (Gastbeitrag);
Georg Elser und ‚Hitlers Volksstaat‘ (Gewerkschaftsgeschichte)

www.weltderarbeit.de

Gesamtmetall für sinkende Reallöhne

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für die 3,5 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie können zum 28. Februar 2006 gekündigt werden. Zurzeit wird in der IG Metall über tarifliche Einkommensverbesserung zwischen vier und fünf Prozent diskutiert. Der so genannte verteilungsneutrale Spielraum (Produktivitätssteigerung plus Preissteigerungsrate) liegt bei etwa vier Prozent. Darüber hinaus soll eine Umverteilungskomponente hinzukommen.

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall will den Beschäftigten sinkende Reallöhne zumuten. „In Zeiten, in denen die Wirtschaft kaum wächst und fast fünf Millionen Menschen ohne Job sind, können wir nicht über einen kräftigen Schluck aus der Pulle reden“, verkündete Präsident Martin Kannegiesser. Die IG Metall bezeichnete die Äußerung als „verheerendes Signal“ für die bevorstehenden Tarifverhandlungen. „Angesichts der wahren Entwicklung in den Unternehmen ist das scheinheilig“, sagte IG Metall-Vorsitzender

Jürgen Peters. „Lohnerhöhungen können die Unternehmer aus dem Erwirtschafteten gut bezahlen.“ Die Lohnstückkosten seien seit 1997 um über zehn Prozentpunkte gesunken. Die Produktivität werde auf hohem Niveau bleiben. Die Realeinkommen der Beschäftigten seien in den vergangenen zehn Jahren hingegen um 0,9 Prozent gesunken und Deutschland damit Schlusslicht in der EU.

„Es wird Zeit, dass die Arbeitgeber erkennen, dass ihre Politik der Lohndrückerei mitverantwortlich ist für die Massenarbeitslosigkeit.“ Die Neinsager bei den Arbeitgebern würden eine Steigerung der Kaufkraft und damit den Aufschwung in Deutschland blockieren. Peters forderte die Unternehmer auf, ihre Rituale zu verlassen und in der kommenden Tarifrunde die Klagelieder ausnahmsweise einzustellen.

Im Frühjahr 2004 hatten sich IG Metall und Gesamtmetall auf Einkommensverbesserungen um 2,2 Prozent zum 1. März 2004 und um 2,7 Prozent zum 1. März 2005 verständigt. Die Vertragslaufzeit beträgt zwei Jahre.

* * * *

Buchtipps

Jean Ziegler

Das Imperium der Schande

C. Bertelsmann Verlag, 320 Seiten
19,90 €

Der Schweizer Soziologe und Politiker Jean Ziegler (71) ist seit 2001 Sonderberichterstatler der UNO-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung sowie Mitglied der UN-Task-Force für humanitäre Hilfe im Irak. Bis 1999 war er fast 30 Jahre lang Nationalratsabgeordneter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

2003 fand sein Buch „Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher“ große Aufmerksamkeit. Mit seinem neuen Buch setzt er seine Globalisierungskritik fort.

In einem Interview mit der Tageszeitung *Neues Deutschland* sagte Ziegler: „Die UNO hat im Laufe der Jahrzehnte eine Vielzahl wichtiger Konventionen verabschiedet, gerade auch über Menschenrechte. Wenn man sich die Texte anschaut, ist das humanitäre Recht in ständiger Entwicklung begriffen. Aber in der Realität werden immer mehr Schranken des internationalen Rechts niedergelassen.“

Kommentar Dankbarkeit

Da gibt es die alte Geschichte: Drei Räuber überfallen ein betagtes Ehepaar und verlangen die Herausgabe von Bargeld, Schmuck und Pelzmantel. Die alten Leute jammern, flehen und bitten um Gnade. Schließlich sind sie dankbar, dass die Räuber nur das Bargeld und den Schmuck stehen. So geht es derzeit auch vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Verzichte sind angesagt! Auch die neue Bundesregierung verlangt weitere finanzielle Opfer. Trotz mancher Kritik am Programm der Großen Koalition sind DGB und einige Gewerkschaftsfunktionäre zufrieden, dass Tarifautonomie und Mitbestimmung unangetastet bleiben sollen. Es hätte doch noch schlimmer kommen können! DGB-Chef Sommer bietet dankbar der Regierung eine „konstruktiv-kritische Zusammenarbeit“ an. Und Kanzlerin Angela Merkel meint dann auch in ihrer Regierungserklärung, „wir brauchen auch ein Herz für Leistung und Mehrleistung“, „nicht Neid, sondern Dankbarkeit.“ Ja, dat is et.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.